1934 Nr. 7. 25. Februar 1934. Als Manuskript gedruckt.

Ostland-Berichte

Reihe B: Wirtschafts-Nachrichten.

Herausgegeben vom Ostland-Institut in Danzig

Inhalt:

Probleme der polnischen See- und Handelspolitik.

In einer dem polnischen Export gewidmeten Nummer veröffentlichte vor kurzem der „Tygodnik Ilustrowany" (= „Illustrierte Wochenschrift") hierzu eine Reihe von Aufsätzen maßgebender Leiter der staatlichen Wirtschaftspolitik Polens.

Als erster äußert sich der Generaldirektor der Staatlichen Stickstoffwerke, E. Kwiatkowski, der sich in seiner langjährigen Tätigkeit als Handelsminister besondere Verdienste um die polnische Seepolitik nach 1926 erworben hat, über die seewärtige Expansion als Grundlage der polnischen Wirtschaftspolitik. Sein Beitrag, der im allgemeinen nur Gedanken wiederholt, die sein Verfasser bereits früher öfters ausgesprochen hat, gelangt schließlich zu der Feststellung, daß

„neben Schlesien der eigene und unmittelbare Zugang zur Ostsee das wertvollste Element des wirtschaftlichen Auf- und Umbaus Polens ist und für immer bleibt.

Dieses große Recht auf das kleine Stück Seeküste, das aus uns einen Ostseestaat gemacht hat, wird vor unseren Augen in Formen realisiert, die nirgendwo auf der Erde anzutreffen sind. Denn nirgendwo . . . gibt es eine Seeküste, die auf jedem km so aktiv, so intensiv und nutzbringend arbeitet wie unsere polnische Küste. Sie bewältigt heute weit mehr Waren . . . als die 5½ Tausend km unserer Landgrenze; jeder Meter unserer Küste ist also wirtschaftlich über hundertmal so aktiv wie ein Meter der Landgrenze. Im Zollkrieg hat die Küste uns den Sieg erbracht, auf der See hat die schlesische Industrie ihre Existenz gefunden, dort wird Polens Zusammenarbeit mit der ganzen Welt . . . von Grund auf neu gebaut. Diese fast ein Wunder zu nennende Tatsache . . . vollzog sich fast unwillkürlich, als die Wirtschaft des jungen und lebensfähigen 32 Millionenvolkes, die an der Landgrenze von der Welt . . . abgesperrt war, einen freien Ausgang, freien Kontakt mit der Welt suchte. Und darin liegt die größte, ehrlichste und beredteste Legitimation unserer Rechte auf die Ostsee! Der Zugang zur See ist für das heutige Polen und die Bedingungen seiner Existenz und Entwicklung das klarste und dringlichste Postulat . . . geworden.

Heute sind wir fähig zu begreifen, daß die Losung: „es gibt kein Polen ohne die See, ohne eigenen polnischen Hafen, ohne eigene nationale Handelsflotte" nicht nur eine Phrase ist. Mit jedem neuen Jahr unserer ehrlichen und positiven Arbeit scharen sich immer neue Tausende und Millionen in Polen um diese Losung, indem sie begreifen, daß dort in Wahrheit unsere nationale Zukunft, unser Erfolg liegt." (S. 124—125.)

Anschließend erörtert der Präsident der „Landeswirtschaftsbank", General Dr. Górecki, „Die wirtschaftliche Bedeutung des Gdingener Hafens" (S. 129—130) unter besonderer Betonung des Anteils, den das von ihm geleitete Institut an seiner Entwicklung genommen hat. Nach einem Aufsatz von Cz. Peche, dem Direktor des Departements für Bergbau und Hüttenwesen im polnischen Handelsministerium, über „Die wirtschaftliche Organisation der polnischen Naphtha-Industrie" (S. 131) charakterisiert der Direktor der Handelsvertragsabteilung im Handelsministerium, W. Wańkowicz, die Wirtschaftspolitik Polens und kommt dabei zu der folgenden Feststellung: Sie sei bestimmt durch die Tendenz, mittels vertraglicher Vereinbarungen auf der Grundlage des in jahrelanger Arbeit fertiggestellten Zolltarifes die Aktivität der polnischen Handelsbilanz zu bewahren. Wie ein Vergleich der polnischen Außenhandelsstatistik mit der Statistik des Welthandels für die Zeit von 1929—1933 beweisen soll, habe diese Politik erreicht,

„daß der Rückgang der Umsätze im polnischen Außenhandel nicht von den Umsatzziffern des Welthandels abweicht. Ungeachtet seiner sehr jungen staatlichen Wirtschaftsstruktur gelang es Polen also, nicht schlechter als andere Staaten seinen Besitzstand auf diesem Gebiet zu verteidigen. Es bewies Geschick in der Führung seiner auswärtigen Wirtschaftspolitik und hohe innerwirtschaftliche Widerstandsfähigkeit." (S. 132.)

Ungefähr das gleiche Zeugnis wird der polnischen Handelspolitik auch von dem Direktor des Staatlichen Exportinstitutes, M. Turski, in seinem Aufsatz: „Der polnische Export auf Grund der gegenwärtigen Lage im internationalen Handel" (S. 138) ausgestellt.

Ein Beitrag von Dr. L. Fall über „Die Entwicklung des Kohlenexports und seine weiteren Möglichkeiten" (S. 139—141) wird an anderer Stelle erörtert werden.

Danach erwähnt ein anonymer Beitrag die „sehr erwünschte und wertvolle" Zusammenarbeit der Danziger Baconindustrie mit den polnischen Exporteuren als Muster dafür, wie „die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Polen und Danzig möglich ist, und wie leicht sie gute Resultate gezeitigt hat." — Ein gleichfalls anonymer Aufsatz behandelt schließlich noch „Die Rolle des Danziger Hafens im polnischen Außenhandel" (S. 141—143). Hierin wird zunächst ganz allgemein die Abhängigkeit der Danziger Hafenumsätze von der Entwicklung der polnischen Wirtschaft gezeigt und danach — bei Nichterwähnung des Konkurrenzkampfs zwischen Danzig und Gdingen! — die Notwendigkeit für Danzig, die Konkurrenz der deutschen Häfen zu bekämpfen, erörtert.

[„Tygodnik Ilustrowany" 1934, Nr. 7 (18. 2. 1934.]

Zur Wirtschaftslage im Posener Gebiet.

Das Posener Regierungsorgan („Dziennik Poznański") teilt hierzu aus dem Bericht der Industrie- und Handelskammer Posen für das 4. Vierteljahr 1933 ungefähr folgendes mit:

Die Lage habe nach einer gewissen Stabilisierung in den ersten neun Monaten des Jahres im letzten Vierteljahr eine — allerdings unbedeutende Besserung erfahren. Die Zahlungsverhältnisse seien bessere geworden, der Produktionsindex gestiegen (im Dezember um 10 % gegenüber dem Durchschnitt von 1932). Doch sei noch immer bezeichnend für die Lage,

„die Tendenz, billigste Waren geringster Qualität zu erwerben, was durch die stetig sinkende Kaufkraft der Bevölkerung zu erklären ist

. . . Diese vor allem auf Jahrmärkten verkauften Waren sind eine schwere Konkurrenz für die ansässige Kaufmannschaft[1]) . . ."

Der Einlagebestand der Banken sei noch etwas gesunken, nach einer Statistik für fünf dem polnischen Bankenverband angehörende Institute vor allem durch den Rückgang befristeter Einlagen. Entsprechend sei die Kredittätigkeit der Banken zurückgegangen. (Wechseldiskont von 89,7 auf 74,5 Millionen Zloty, laufende Rechnungen von 81,1 auf 69,2 Millionen Zloty.)

Es folgen Nachrichten über die Lage der einzelnen Wirtschaftszweige:

Die Kampagne der Zuckerindustrie sei günstig verlaufen, die Preise nach erheblichem Rückgang im Dezember wieder gestiegen. Die Arbeit der Industrie der Kartoffelfabrikate sei ebenfalls recht erfolgreich gewesen, jedoch ihr Produktionsplan wegen der Preissteigerung des Rohmaterials gekürzt worden. Der Absatz sei normal gewesen; der Export, für den im Oktober ein „Verband der Exporteure" gegründet worden sei, sei wegen der ungeheuren Differenz zwischen den Selbstkosten und Weltmarktpreisen weiter unterblieben.

Im Agrarproduktenhandel seien die Preise ziemlich unverändert geblieben, nur Weizen habe — trotz ziemlich gleichen Angebots — eine gewisse Preissteigerung aufgewiesen.

„Bei Roggen haben, abgesehen von relativ geringen Mengen, die von einzelnen Mühlen zur Vermahlung erworben wurden, die Staatlichen Getreide-Industriewerke (P.Z.P.Z.) das übrige Angebot übernommen. An den Auslandsmärkten erfuhr die Lage . . . in den letzten Monaten durch die Einführung des Einfuhrzolls in Holland, die Sperrung der Einfuhr nach Belgien und die Verschärfung der Devisenvorschriften in Dänemark eine weitere Verschlechterung. Eine gewisse Entspannung dieser, für unsern Export so ungünstigen Lage wird wahrscheinlich der Abschluß des deutsch-polnischen Roggenabkommens herbeiführen . . ."

Bei Weizen sei eine Preisstabilisierung zu erwarten. Das gesamte Angebot sei wegen der Unrentabilität des Exports im Inlande untergebracht worden, doch habe die Intervention der Staatlichen Getreidewerke die Preisbildung kaum beeinflußt. — Für Gerste hätten sich die Absatzchancen verschlechtert: im Ausland durch die Importrestriktionen, im Inland durch den Verbrauchsrückgang der Brauereien. — Für Hafer sei das Heer der einzige Abnehmer gewesen, der Export sei sogar mit Hilfe der Exportprämie unmöglich gewesen.

Im Viehhandel sei bei geringerem Auftrieb ein gewisses Sinken der — gegenüber 1932 etwas erhöhten — Preise eingetreten. Die Exportkontingente seien größtenteils schon erschöpft gewesen, nur der Schweine-Export habe eine gewisse Belebung erfahren.

„Der Bacon-Export erfuhr . . . durch die weiteren Einfuhrbeschränkungen in England eine erhebliche Reduktion. Trotz der sehr bedeutenden Exportreduktion (18 %) erlitten auch die Preise in England eine erhebliche Senkung. Schinken wurden wegen der mangelnden Nachfrage in England und der gesunkenen Preise gleichfalls in geringeren Mengen exportiert."

Die Ausfuhr von Butter und Eiern habe sich auch nicht sehr günstig entwickelt.

[1]) Gegen die Jahrmärkte wendet sich auch ein Aufsatz, der bei der Erörterung der Entwürfe für ein neues polnisches Gewerberecht die Notwendigkeit verficht, das bisherige Wirtschaftsniveau der westpolnischen Gebiete zu bewahren, und dabei u. a. erklärt,

„daß das dichte Verkehrsnetz und die große Zahl von Städten und Kleinstädten mit zahlreichen ansässigen Kaufleuten in Westpolen den Jahrmarkt- und Hausierhandel, der für andere Teilgebiete notwendig ist, überflüssig macht. In den westlichen Wojewodschaften sind diese beiden primitiven Handelsformen nicht nur überflüssig, sondern sogar schädlich. Daher muß im Gewerberechte die Möglichkeit bestehen, primitive Formen des Warenverkehrs in den Teilgebieten, in denen sie gefährlich sind, zu beseitigen." („Słowo Pomorskie" Nr. 42, 22. 2. 1934.)

Die Lage im Kolonialwaren- und Spirituosenhandel habe — bei stärkerer Preissenkung für Kaffee, Tee u. ä., geringerer für Spirituosen — keine größere Veränderung erfahren.

Die Lage der Metall- und Maschinenindustrie sei unverändert, ihre Umsätze ziemlich dieselben wie im 4. Vierteljahr 1932. Die Holzindustrie habe größere Veränderungen ebenfalls nicht zu verzeichnen.

Ein Rückgang gegenüber dem 4. Vierteljahr 1932 sei — trotz größerer Preissenkungen — im Umsatz der kosmetischen und Konfektionsindustrie (10—20 %), sowie des Textilkleinhandels (20 bis 25 %) eingetreten. („Dziennik Poznański" Nr. 34, 11. 2. 1934.)

Dieser Bericht erfährt eine gewisse Ergänzung durch Ausführungen des Präsidenten der Posener Finanzkammer über die Steuerleistung des Posener Gebiets im Jahre 1933. Danach habe gegenüber den Vorjahren im allgemeinen

„die Leistungsfähigkeit der Steuerzahler eine gewisse Besserung erfahren. Beweis dafür ist, daß trotz des Rückgangs der Summe der Steuerveranlagungen die Eingänge nicht viel von denen des Jahres 1932 abweichen . . ."

Diese Tatsache sei einerseits auf die Vervollkommnung des Steuereinzugsapparats, andererseits auf die Hebung der Steuermoral zurückzuführen. Die Eingänge aus den direkten Steuern seien z. B. nur um 4,6 % (72,4 statt 74,8 Millionen Zloty 1932) gesunken.

Bei der Einkommensteuer sei ein Rückgang zu verzeichnen, die Erträge der Grund- und Gebäudesteuern aber seien — u. a. wegen der erhöhten Kapitalanlagen in Immobilien (Folge des Dollarsturzes!) — sogar noch gestiegen (Grundsteuer 7,9 statt 7,7 Millionen Zloty 1932).

Nach Angaben über die Erträge der in der Krise neueingeführten „außerordentlichen Vermögensabgabe" und der zur Finanzierung des Agrarexports bestimmten Zuschläge zur Grundsteuer usw. betont der Präsident das Sinken der Einnahmen aus Verzugszinsen und Strafen für säumige Steuerzahlung (1,9 statt 2,1 Millionen Zloty 1932), das auf höhere Steuermoral bzw. Senkung der Zuschläge zurückzuführen sei. Erstmalig habe auch (durch erhöhte Streichung alter Rückstände) die Summe der Steuerrückstände eine — kaum nennenswerte — Senkung erfahren (74,7 statt 74,9 Millionen Zloty zu Ende 1932).

Nachdem noch betont wurde, daß die Zahl der gelösten Gewerbesteuerpatente sich nur unwesentlich vermindert habe (30 781 Patente mit 1,4 Millionen Zloty Steuersumme statt 32 646 mit 1,6 Millionen Zloty 1932), wird endlich zusammenfassend behauptet:

„Die allgemeinen Zahlungsschwierigkeiten zwangen die Regierung . . ., den Steuerzahlern weitgehende Ermäßigungen und Erleichterungen zu gewähren. Diese bewirkten eine gewisse Senkung der Eingänge . . . Daraus können wir aber nicht Folgerungen betr. weitere Verschlechterung der Lage im Wirtschaftsleben ziehen, im Gegenteil: die Geringfügigkeit der Unterschiede der Eingänge gestattet . . ., eine Stabilisierung der Lage, damit aber eine wahrscheinliche Besserung . . . zu folgern."

[„Codzienna Gazeta Handlowa" Nr. 31, 8. 2. 1934.]

Die englisch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen.

Bei der Kritik der von dem „Kurjer Łódzki" zu den bevorstehenden englisch-polnischen Verhandlungen aufgestellten Forderungen (vergl. 1934, Nr. 6, S. 25*) kommt die Kattowitzer „Polonia" zu folgendem Ergebnis:

Während man sich der Forderung nach besserer Sicherung der englischen Einfuhrkontingente für die polnischen Agrarprodukte voll anschließen müsse, werde die Forderung, daß Polen ein Aktivsaldo gewahrt bleibe, kein ernsthaftes Argument sein können, obwohl es sich hierbei eventuell um eine offiziöse Erklärung handle. Im übrigen würde bei den kommenden Verhandlungen mit England

„Polens Lage besonders schwierig sein. Die für uns sowohl mengen- als wertmäßig so wichtigen Aus-

maße der Ausfuhr auf den britischen Markt bilden kaum 2,5 % der gesamten Einfuhr nach Großbritannien, der britische Export nach Polen aber übernimmt einen noch geringeren Prozentanteil der Gesamtausfuhr Englands. Das schafft eine derartige Lage, daß wir weder ein Lieferant noch Abnehmer sind, der in den Handelsbeziehungen Großbritanniens eine bedeutendere Rolle spielen könnte. Man muß der Wahrheit ins Antlitz schauen, umso mehr, als unser neuer Zolltarif, der bedeutenderen Einfluß auf die Verhandlungen mit England . . . haben könnte, unsere Position bei den Verhandlungen . . . nicht im mindesten stärkt und eigentlich keine Rolle spielt, denn wir sind (für England) ein viel zu kleiner Markt, als daß man ihm besondere Mühen widmen könnte.

Daher wird, wie schon festgestellt, Polens Stellung bei den Verhandlungen mit Großbritannien sehr schwierig sein. Besonders wenn von unserer Seite die Wortführer des Aktivsaldos in der Handelsbilanz die Verhandlungen führen werden . . . Gerade jetzt können wir uns in den polnisch-britischen Handelsbeziehungen einen Passivsaldo erlauben, und zwar weil — wie sogar der Verfasser des von uns erwähnten Agenturartikels feststellt — das Interesse des britischen Kapitals am polnischen Markte wächst. Auf diese Weise können die Anleiheerträge den — ohnehin so geringen — Passivsaldo in der Zahlungsbilanz zwischen Polen und Großbritannien mehr als ausgleichen . . . Es ist ein Irrtum anzunehmen, daß in unseren Finanzbedingungen der Aktivsaldo der Handelsbilanz eine bedeutendere Rolle spielen könnte; der entscheidende Faktor wird hier noch für lange Jahre der Zustrom von Auslandskapitalien sein."

[„Polonia" Nr. 3356, 14. 2. 1934.]

Die Aussichten des polnischen Kohlenexports.

Zu der an anderer Stelle erörterten Exportnummer des „Tygodnik Ilustrowany" (= „Illustrierte Wochenschrift") hat Dr. L. Fall, der als einer der besten Kenner des polnischen Kohlenbergbaus gilt, einen längeren Aufsatz über „Die Entwicklung des polnischen Kohlenexports und seine weiteren Möglichkeiten" beigesteuert, in dem er vielfach zu den gleichen Ergebnissen wie die hier bereits erwähnten Aufsätze (vergl. 1934, Nr. 6, S. 23* f.) gelangt. Dr. Fall stellt nämlich fest, daß

„die Exportmöglichkeiten der polnischen Kohle für die nächste Zukunft nicht allzu rosig erscheinen. Solange die Kontingent- und Devisenreglementierung . . . andauern wird, solange die zwischen Großbritannien und den skandinavischen Staaten frisch abgeschlossenen Handelsverträge in Kraft bleiben werden, wird der Kohlenexport aus Polen bestenfalls um 8—10 Millionen to jährlich schwanken. Bei dieser Sachlage wird auch das ein großer Erfolg sein, und zwar nur zu erreichen durch den entschiedenen Willen dieser Industrie, um jeden Preis und unbekümmert um die sich ergebenden Verluste die im Lauf der letzten Jahre eroberten Exportmärkte zu bewahren. Es unterliegt jedoch nicht dem mindesten Zweifel, daß mit dem Augenblick eines Konjunkturanstieges und dem Aufhören der Kontingent- und Devisenreglementierung bzw. des handelspolitischen Drucks von Seiten Großbritanniens unser Kohlenexport mit Leichtigkeit den Exportstand von 1926, 1929 und 1931 erreichen, d. h. sich auf der Höhe von rund 15 Millionen to jährlich halten wird.

Die finanziellen Ergebnisse sind . . . außergewöhnlich günstig für die Gesamtheit unseres Wirtschaftslebens, denn sie ermöglichen die Erhaltung der Aktivität unserer Handelsbilanz und des annähernden Gleichgewichtes unserer Zahlungsbilanz, dadurch aber die Stabilisierung unserer Währung; sie sind aber katastrophal für die Kohlenindustrie selbst, der sie durch den scharfen Konkurrenzkampf . . . mit der mächtigen englischen und deutschen Industrie ständige und ungeheure Verluste bringen, die nur zum Teil durch das höhere Preisniveau auf dem . . . Binnenmarkt und den Konventionsmärkten ausgeglichen werden können. Diese Lage könnte eine Besserung nur erfahren beim Zustandekommen einer gesamteuropäischen oder mindestens polnisch-englischen Kohlenverständigung, doch kommt die Möglichkeit, eine solche Verständigung zu erreichen . . ., angesichts der von der englischen Kohlenindustrie durch den Abschluß der Verträge erzielten Erfolge zunächst kaum in Frage.

So muß also der Kampf der polnischen Kohlenindustrie um die Erhaltung der eroberten Exportmärkte . . ., der in Wahrheit ein Kampf um Arbeit und Erwerb für die breiten Arbeitermassen, gleichzeitig um Entwicklungsmöglichkeiten für unsere Nationalwirtschaft ist, weiter andauern. Dieser Kampf muß bei dem Offensivgeist, der die polnische Kohlenindustrie durchdringt, sowie dem Verständnis und der Hilfe, die ihr Regierung und Bevölkerung entgegenbringen, früher oder später mit unserem Siege endigen."

[Dr. L. Fall in: „Tygodnik Ilustrowany" Nr. 7 (18. 2. 1934), S. 139—141.]

Die Steigerung der Arbeitslosigkeit in Ostoberschlesien und ihre Folgen.

Während der Beratungen des polnischen Sejm über den Haushalt des polnischen Arbeits- und Sozialfürsorgeministeriums hat der christlich-demokratische Abgeordnete Szulik nach dem Bericht des Korfanty-Organs („Polonia") über die Arbeitslosigkeit in Ostoberschlesien (vergl. darüber 1933, Nr. 5, S. 20—21*; 1934, Nr. 5, S. 21*) u. a. folgendes ausgeführt:

„Nach amtlichen Angaben hat die Zahl der registrierten Arbeitslosen in Polen die Zahl von 400 000 überschritten. Wir wissen, wie sehr diese Angaben von der Wirklichkeit abweichen, aber schon diese Zahl ist erschreckend. Die amtlichen Zahlen über den Stand der Arbeitslosigkeit in Schlesien geben nicht die wahre Lage wieder, denn wir wissen, daß sie nur eine Retuschierung der Register durch Streichung von Arbeitslosen sind. Die wahre Arbeitslosigkeit Schlesiens ist in diesem Jahre in den amtlichen Zahlen noch stärker verborgen als bisher. Vergleichen wir die Zahl der Arbeitslosen der Wojewodschaft Schlesien mit der des Gesamtstaates, so zeigt sich, daß, während die Arbeitslosen in Schlesien im Jahre 1931 rund 20 % — 1932 rund 25 % — der Gesamtzahl der Arbeitslosen stellten, diese Zahl im Jahre 1933 bereits auf 30 % gestiegen war und sich jetzt schon den 35 % nähert. Der Arbeitsfonds aber hat im vergangenen Jahre für Schlesien nur 9 Millionen Złoty, d. h. 25 % seines Haushaltes, angewiesen. Die Staatshilfe für die Arbeitslosen der Wojewodschaft Schlesien ist also weit kleiner als sie auf Grund des Vergleichs der . . . Wojewodschaft mit ganz Polen sein müßte. Schlesiens Finanzen können in ihrer gegenwärtigen Lage weitere Hilfe für die Arbeitslosen nicht gewähren. Diese Mittel würden sich aber finden, wenn endlich die Verrechnung zwischen den Staats- und den schlesischen Finanzen erfolgen würde, denn dann müßte der Staatsschatz Schlesien sehr erhebliche Summen auszahlen. Übel geht es zu in den Arbeiterfamilien Schlesiens, wo der durchschnittliche Verdienst aus Lohnarbeit nicht zur Sicherung des Existenzminimums ausreicht. Gegenwärtig gibt es in Schlesien keinen Betrieb, der die Arbeiter an allen Tagen beschäftigte. Die Industriegebiete sind ein großer Friedhof, ein Land außerordentlicher Not. Um jede Arbeit entsteht ein verzweifelter Kampf, in dem politische Einflüsse, Protektion und Korruption eine nicht gewöhnliche Rolle spielen. Gute und verdiente Polen werden als „Volksbund"anhänger hingestellt, andere aber, die einst das Polentum bekämpften, als Patentpolen unterstützt. Diesen Zustand der Verzweiflung nutzen wohlbezahlte Agitatoren des Deutschen Hitler-Reiches aus, die u. a. unserer Bevölkerung einreden, daß wieder alle Schornsteine rauchen, alle Maschinen laufen werden, wenn der Hitlerismus siegt. Hitler-Organisationen zeigen sich in den Straßen unserer Städte, unserer Dörfer . . . Davor darf man nicht die Augen schließen. Im Interesse des ganzen Volkes . . ., des Staates, muß man die Fürsorge für die Arbeitslosen, die in und auf Schlesien angewandten politischen Methoden ändern . . ."

(„Polonia" Nr. 3363, 21. 2. 1934.)

Dieselbe Quelle ergänzt diese Worte noch durch das trübe Bild, das die Kriminalstatistik von der Lage in Ostoberschlesien zeichnet. Hier ergäbe sich z. B. folgender Vergleich:

Zahl der Verbrechen	1933	1929
Hochverrat	72	8
Verbrechen gegen Staat und Heer	267	38
Schmuggel	1 082	296
Landstreicherei, Bettelei	2 032	1 361
Falschmünzerei	2 059	754
Raub, Straßenraub	70	46
Mord	60	32
Brandstiftung	127	59
Einbruchsdiebstahl	3 735	708
Eisenbahndiebstahl	722	205
Feld- und Forstdiebstahl	1 351	743
übrige Diebstähle	11 525	462
Betrug	1 870	623
Hehlerei	3 493	260
Selbstmord	275	164

Nach der „Polonia“ müßten diese Zahlen für die Regierung eine Mahnung sein, Schritte zu unternehmen, um, wenn auch nur teilweise, diese soziale Not, vor allem aber ihre wichtigste Ursache — die Arbeitslosigkeit — zu liquidieren.

[„Polonia“ Nr. 3363, 21. 2. 1934.]

Die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen und die Heringseinfuhr Gdingens.

Der Leiter der Fischkühlhalle in Gdingen macht auf die Gefahren aufmerksam, die der bevorstehende Abschluß des deutsch-polnischen Zollkrieges für die polnische Heringseinfuhr über Gdingen, die sich in der letzten Zeit — gerade infolge des Zollkrieges — so günstig entwickelt habe (vergl. 1933, Nr. 4, S. 18*), mit sich bringen kann. Augenblicklich sei Polen bei der Einfuhr von Frischheringen völlig frei von fremder Vermittlung, und auch bei der Einfuhr von Salzheringen sei 1933 das Monopol Danzigs, das die frühere Stellung Hamburgs, Stettins und Königsbergs übernommen hatte, von Gdingen, das jetzt bereits ⅓ der polnischen Einfuhr bewältige, erfolgreich durchbrochen worden.

Die weitere Entwicklung der Heringseinfuhr Gdingens sei abhängig von dem Bau einer besonderen Heringskühlhalle und den Ergebnissen der Verhandlungen mit Deutschland.

„Schon jetzt müssen wir . . . entsprechende Vorkehrungen treffen . . ., damit die Früchte unserer Arbeit auf diesem Wirtschaftsgebiet nicht Schaden leiden.

Schon heute spricht man in Gdingen und Danzig von der Gefahr der Konkurrenz der Heringsläger und -kühlhäuser Hamburgs und Stettins, wo die Lagerkosten um die Hälfte billiger sind, der Kaufmann alle Zollerleichterungen vorfindet und auch die Eisenbahnfrachten gegenüber den polnischen konkurrenzfähig sind. Schon heute geben verschiedene Heringshändler in Polen Bestellungen auf Salzheringe in Hamburg auf.“

Man müsse also rechtzeitig darauf hinwirken, sämtliche Kosten für die Lagerung, Zollaufsicht, Eisenbahnfrachten, Spedition, elektrischen Strom usw. zu senken, ferner durch Verbesserung der Zollabfertigung das Arbeitstempo in Gdingen zu steigern.

[B. S(otkowski?) in: „Codzienna Gazeta Handlowa“ Nr. 34, 12. 2. 1934.]

Diese Forderungen zur Abwehr der eventuellen Konkurrenz Hamburgs, aber auch der Konkurrenz Danzigs, sind in einem späteren Aufsatz ebendort („Codzienna Gazeta Handlowa“ Nr. 37, 15. 2. 1934) genauer ausgeführt und begründet.

Die polnische Handelsflotte.

Die polnische Presse veröffentlichte kürzlich Zahlen über die Tätigkeit der Handelsflotte Polens im vergangenen Jahre (über die Ergebnisse in der Zeit von Januar—August 1933 vergl. 1933, Nr. 2, S. 8*). Danach haben polnische Schiffe im Jahre 1933 insgesamt 860 000 to Güter (im Export 702 000 to, Import 114 000 to, Transit zwischen Auslandshäfen 44 000 to) befördert, und zwar sind die Transportleistungen der regulären Linien, die von den ganz oder teilweise im Staatsbesitz befindlichen Schiffahrtsgesellschaften (Staatliche Schiffahrtsgesellschaft „Żegluga Polska“, „Polnisch-Britische Schiffahrtsgesellschaft“, „Polnische Transozeanschiffahrtsgesellschaft“) betrieben werden, gegenüber 1932 von 179 000 auf 244 000 to gestiegen, die Ergebnisse der Trampschiffahrt aber von 916 000 auf 616 000 to gefallen. Wie eine andere Darstellung der Leistungen der einzelnen Schiffahrtsgesellschaften („Gazeta Handlowa“ Nr. 23, 27. 1. 1934) zeigt, erfolgte dieser Rückgang der Trampschiffahrt ausschließlich bei der Staatlichen Schiffahrtsgesellschaft, während die Kohlentransportdampfer der Firma „Polskarob“ ihre Trampfrachten noch von 458 000 auf 462 000 to steigern konnten.

Der Schiffsbestand habe keine größeren Änderungen erfahren. Die Staatliche Schiffahrtsgesellschaft hat im Jahre 1933 einen Dampfer („Warta“ 2 400 to) verkauft, fünf andere stillgelegt. Die polnisch-britische Schiffahrtsgesellschaft hat in England einen Dampfer von 2 000 to d. w. mit Kühleinrichtung zum Transport von Bacons, Eiern und Butter nach England bestellt, die Transozeanschiffahrtsgesellschaft in Italien zwei Motorschiffe von je 15 000 to für die Amerika-Linie[1]) („Gazeta Polska“ Nr. 29, 29. 1. 1934).

Diese wiederholt in der Presse beklagte Stillegung der polnischen Schiffe sei eine Folge der Unmöglichkeit, sie rentabel zu beschäftigen („Codzienna Gazeta Handlowa“ Nr. 29, 6. 2. 1934), diese aber wiederum auf die mit 45 % der Fixkosten für die Kalkulation entscheidende Übersteigerung der polnischen Schiffslöhne, die zuletzt im Dezember 1932 durch kollektiven Tarifvertrag geregelt worden seien. Über ihre augenblickliche Höhe bringt die Regierungspresse („Gazeta Polska“ Nr. 43, 12. 2. 1934) folgenden Vergleich:

Lohn	Polen	Deutschland	Norwegen	Schweden	Danzig
Matrose	100	91,5	84,4	85,2	65,8
Leichtmatrose	100	87,5	98,1	62,5	72,5
Schiffsjunge	100	86,9	98,0	72,6	—
Heizer	100	94,4	82,1	81,3	69,0
Trimmer	100	92,2	52,0	58,4	61,2
Koch	100	92,5	77,7	66,6	—

Nachdem nun dieser Tarifvertrag von den polnischen Reedern gekündigt worden sei, die Verhandlungen mit den Berufsverbänden der Seeleute über eine Änderung der Urlaubsbestimmungen, vor allem aber um Herabsetzung der Löhne bisher erfolglos geblieben seien, soll nunmehr diese Frage — die auch für die Staatsfinanzen von Wichtigkeit ist, da mit Ausnahme der Firma „Polskarob“ sämtliche Schiffahrtsgesellschaften ganz oder zu erheblichem Teil im Besitz des Staates sind — durch staatlichen Schiedsspruch geregelt werden. Dabei sei es notwendig, die polnischen Löhne den Durchschnittssätzen der Ostseeschiffahrt anzugleichen; die 1 000 polnischen Seeleute, von denen viele erwerbslos seien, müßten im eigenen Interesse Konzessionen machen, die die Wiederbeschäftigung der gegenwärtig stillgelegten Schiffe ermöglichen und so die Arbeitslosigkeit beheben würden.

[„Codzienna Gazeta Handlowa“ Nr. 34, 12. 2. 1934.]

[1]) Bezüglich dieser Schiffe, deren Kaufpreis von 60 Millionen Lire bekanntlich im Lauf der nächsten vier Jahre durch Lieferung von 1,6 Millionen to Kohle erfolgen soll (1934, Nr. 4/5, S. 21*), sei noch hingewiesen auf einen Aufsatz, der sich mit der Frage der Inneneinrichtung dieser Schiffe beschäftigt und — zumal Polen so bald keine neuen großen Aufträge werde vergeben können — für diese polnischen Ozeandampfer sorgfältigste Planung der Inneneinrichtung fordert. („Kurjer Poranny“ Nr. 40, 21. 2. 1934.)

Herausgeber: Prof. Dr. Recke, Danzig. Schriftleiter: Diplomvolkswirt Rudolf Neumann, Danzig.
Druck von Ottomar Steinbach, Danzig.